

Aufreger im Sommerloch: Deutschkenntnisse sollen über Einschulung bestimmen

Wenn Kinder in die Schule kommen, ist es natürlich von Vorteil, wenn sie die deutsche Sprache auf einem altersgerechten Niveau beherrschen, um dem Unterricht folgen zu können. So weit, so einleuchtend. Realität ist, dass es jedoch Kinder gibt, die dies zum Zeitpunkt der Einschulung noch nicht können. So wurde bei der Feststellung des Sprachstandes in Duisburg 16 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund (insgesamt knapp 8 Prozent) bescheinigt, dass sie keine ausgeprägte Sprachkompetenz besitzen.

Um dem Vorzubeugen, hat der CDU-Politiker Linnemann gefordert, eine Vorschulpflicht für diejenigen Kinder einzuführen, die bei verbindlichen Sprachstandstests nicht die ausreichenden Kompetenzen aufweisen. Er ging so weit, vorzuschlagen, dass Kinder auch zurückgestuft werden könnten, sie also de facto mindestens ein Jahr nicht zur Grundschule gehen können. Der Aufreger für das Sommerloch war geboren, denn die dpa spitzte dies auf ein Grundschulverbot zu – was sie später zurücknahm. Was Linnemann jedoch nicht einberechnet hatte: Es gibt natürlich längst Verfahren zur Bestimmung des Sprachstandes, die insbesondere in Kindertagesstätten, aber auch durch das Jugendamt oder bei dem Schuleingangsgespräch abgeprüft werden. Die Verwertung der Ergebnisse ist in fast allen Bundesländern obligatorisch; will meinen: Hat ein Kind sprachliche Defizite, kann es auf verschiedenen Wegen weiter gefördert werden, um mit Schuleintritt ausreichende Deutschkenntnisse zu besitzen.

Das Problem ist vielmehr, dass durch fehlendes Personal in Kindertagesstätten, zu hohe Betreuungsschlüssel, zu wenig Unterstützung durch weitere Professionen und zu geringe Investitionen in die Qualität der Kindertagesstätten die Förderung teilweise nicht angeboten werden kann. Und beim Eintritt in die Schule spitzt sich die Problematik durch zu große Lerngruppen, die von nur einer Lehrkraft unterrichtet wird, zu. Dies machte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, in verschiedenen Interviews und Statements mit Nachrichtenagenturen und Journalistinnen und Journalisten von Print-, Radio- und TV-Redaktionen deutlich: „Die Lehrkräfte sehen sich in den Schulen mit einer steigenden Heterogenität der Schülerschaft konfrontiert. Um alle Kinder abholen zu können und sie entsprechend ihrer Bedürfnisse zu fördern und zu fordern, ist Unterstützung notwendig. So muss in Klassen mit Kindern, die noch keine ausreichenden Sprachkompetenzen haben, eine weitere pädagogische Fachkraft mit einer Ausbildung für Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterstützen. Außerdem braucht es multiprofessionelle Teams an den Schulen. Anstatt also Forderungen nach Prozessen aufzustellen, die längst umgesetzt werden, hätte es einer konstruktiven Debatte bedurft. Es sind nicht die Verfahren, die fehlen, sondern es braucht bessere Bedingungen, um die Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen: Eine optimale Förderung im letzten Jahr vor Schulbeginn und Begleitung in der Schuleingangsphase.“



Jetzt beantragen und Gelder des Digitalpaktes nutzen!

Nach jahrelangem Ringen ist der „DigitalPakt Schule“ beschlossene Sache und 5,5 Milliarden Euro warten darauf, von Schulen mit entsprechendem Bedarf abgerufen zu werden. Das Bundesbildungsministerium hat auf der Webseite www.digitalpaktschule.de die relevanten Informationen zusammengetragen. Besonders interessant sind die Hinweise zu den landesspezifischen Fördermöglichkeiten, zuständigen Stellen und Beratungsangeboten. Informieren Sie sich gerne unter: <https://www.digitalpaktschule.de/de/foerder-service-1713.php>

Internationales Engagement: VBE kämpft für Bildungsgerechtigkeit

Die Weiterentwicklung der Profession, die Sicherung der Bildungsqualität für alle sowie die Förderung von Demokratie, Menschen- und Gewerkschaftsrechten standen im Fokus des 8. Weltlehrerkongress der Education International (EI), welcher im Juli 2019 in Bangkok stattfand. Als Mitglied der EI nahm der Verband Bildung und Erziehung (VBE) mit einer Delegation daran teil. Ein Ergebnis für die europäische Region (ETUCE) lautete, dass deren programmatische Eigenständigkeit aufgrund ihrer besonderen Verbindung zur Europäischen Union bestätigt wurde. Hierfür hatte sich der VBE nachdrücklich eingesetzt.



Die Delegation des VBE beim Weltlehrerkongress 2019 in Bangkok: v. l.: Rolf Busch, 1. Stellvertretender Bundesvorsitzender, Udo Beckmann, Bundesvorsitzender, Gitta Franke-Zöllmer, stellvertretende Bundesvorsitzende des Arbeitsbereiches Internationales, Gerhard Brand, Bundesschatzmeister

Dass Deutschland im europäischen Vergleich den Investitionen in Bildung und Forschung mit 4,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes weiter unter dem EU-Durchschnitt liegt, darauf hat die EU-Kommission im Juni in ihren jährlichen länderspezifischen Empfehlungen hingewiesen, die im Rahmen des europäischen Semesters veröffentlicht wurden. Die soziale Mobilität im deutschen Bildungssystem sei nach oben hin weiterhin gering, so ein Ergebnis. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, forderte aufgrund des schlechten Berichtszeugnisses „unmittelbare, massive Investitionen in Bildung, um Versäumnisse der Vergangenheit endlich auszugleichen und den Anforderungen einer sich rasch wandelnden Welt zu begegnen.“

Gewalt an Schule: Umfragen bestätigen Handlungsbedarf

Zwei Umfragen bestätigen, was der VBE durch seine eigenen Befragungen unter Lehrkräften (2016) und Schulleitungen (2018) erstmals vor drei Jahren in die breite öffentliche Wahrnehmung gebracht hat: Gewalt an Schule sind keine Einzelfälle. Die vom Dachverband des VBE, dem dbb beamtenbund und tarifunion, bei forsa beauftragte Bürgerbefragung 2019 offenbart, dass über ein Viertel der Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland schon einmal erlebt haben, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen wurden. Insbesondere jüngere Personen sind bereits Zeugen von Übergriffen auf eine Lehrkraft gewesen. Jede fünfte Person zwischen 18 und 29 Jahren hat diese Erfahrung gemacht. „Damit sehen wir unsere eigenen Befragungen bestätigt“, so Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE. „Mit diesen konnten wir zeigen, dass jede fünfte Lehrkraft schon einmal Opfer psychischer und 6 Prozent der Lehrkräfte Opfer physischer Gewalt geworden sind.“ Der VBE fordert damals wie heute, massiv in die Bildungsinfrastruktur zu investieren und beispielsweise multiprofessionelle Teams an Schule zu integrieren. „Außerdem bekräftigen wir unsere Forderung, dass Lehrkräfte besser gesetzlich geschützt bzw. Übergriffe auf sie härter bestraft werden müssen“, erklärt Beckmann. Dass nicht nur Gewalt gegen Lehrkräfte, sondern auch gegen Schülerinnen und Schüler zunimmt, zeigt eine repräsentative Studie der Bertelsmann-Stiftung. Danach erlebt die Mehrheit der befragten Schülerinnen und Schüler zwischen 8 und 14 Jahren Gewalt und Ausgrenzung, ein Viertel der Befragten fühlt sich an Schule nicht sicher. „Was Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte brauchen, sind jederzeit zugängliche, aufeinander abgestimmte und nachhaltige Unterstützungsleistungen. Vor allem braucht es entschiedene und langfristige Investition in die Prävention“, fordert Beckmann.

Vorbereitungen der VBE Frauen laufen auf Hochtouren

Wenn die VBE Landesfrauenvertreterinnen auf ihrer Jahrestagung im November 2019 in Berlin zusammenkommen, erwartet sie ein volles Programm. Vorbereitet wurde dieses von der Arbeitsgruppe der VBE Bundesfrauenvertretung. Dieser gehören neben der Bundesprecherin der VBE Frauenvertretung Jutta Endrusch Vertreterinnen aus Niedersachsen (Lena Köhler, Astrid Geißelbrecht), Nordrhein-Westfalen (Tanja Küsgens) und Sachsen-Anhalt



(Peggy Krause) an. Außerdem stand auf dem Programm, Anträge für den dbb bundesfrauenkongress 2020 zu formulieren. Als größte Fachgewerkschaft des VBE Dachverbandes, dem dbb beamtenbund und tarifunion, werden dorthin 66 Delegierte vom VBE entsendet.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE